

## KASACHSTAN

### Dschihad in der Steppe

Rachimschan Machatow war ein Wohlstandes junger Mann in der Industriestadt Aktöbe im Nordwesten Kasachstans: Sohn eines Polizeiobersten, 25 Jahre alt, Musiklehrer und Vater dreier Töchter. „Ein prima Junge und gut erzogen“, sagten die Nachbarn – bis sich Machatow am vorigen Dienstag, 9.30 Uhr Ortszeit, in der Filiale des kasachischen Geheimdienstes KNB in die Luft sprengte. Es ist das erste islamistische Selbstmordattentat in Kasachstan, dem neuntgrößten Staat der Erde. Machatow, berichten die Behörden, sei ein „sunnitischer Radikaler“ gewesen und einer saudi-arabischen Fatwa gefolgt, wonach der Dschihad bis in die ölfreiche Republik zwischen Russland und China zu tragen sei. Das islamisch gemäßigte Kasachstan galt bisher als das stabilste Land in Zentralasien. Allerdings hatte es bereits 2010 mehrere Überfälle auf Fabriken in Aktöbe ge-



geben. Wenig später brachen in Aktau am Kaspischen Meer inhaftierte Islamisten aus, von denen einige auf der Flucht erschossen wurden. In Aktöbe wurde im Februar aus Rache neben einem Gefängnis ein Auto in die Luft gesprengt. Kasachstan versuchte, diese Zwischenfälle herunterzuspielen. Russland und der Westen befürchten aber seit langem, dass sich der religiöse Extremismus in Zentralasien ausbreiten wird. In Usbekistan gibt es bereits eine starke Islamisten-Gruppe, die mit den Taliban in Afghanistan kämpft; und auch in Tadschikistan sind die Radikalen auf dem Vormarsch.



BRASIL IEN

### Sieg der Waldzerstörer

Gerodeter Regenwald in Nordbrasilien

Präsidentin Dilma Rousseff ist vor der mächtigen Agrarlobby eingeknickt. Die Regierung will in dieser Woche ein neues Waldgesetz zur Abstimmung vorlegen, das einen Freibrief für den Raubbau am Amazonasgebiet darstellt. Als Gegenleistung könnten die der Farmerlobby zugelegten Abgeordneten verhindern, dass Rousseffs mächtigster Minister, Kabinettschef Antonio Palocci, im Parlament aussagen muss. Sein Vermögen hat sich seit 2006 auf umgerechnet 3,3 Millionen Euro verzwanzigfacht. Der Politiker behauptet, er habe das Geld mit Immobiliengeschäften verdient.

Der Entwurf des neuen Waldgesetzes sieht eine Amnestie für Landbesitzer vor, die illegal den Urwald gerodet haben. Diese Klausel war auf Druck der Agrarlobby eingefügt worden, die Regierung lehnte sie bislang ab. Die Abholzung des Regenwalds hat im vergangenen Jahr dramatisch zugenommen, obwohl sich das Land als globaler Vorreiter im Klimaschutz geriert. Allein im Bundesstaat Mato Grosso, dem wichtigsten Soja-Anbaugebiet, wurden im März und April mehr als sechsmal so viele Bäume abgeholzt wie im Jahr zuvor. Viele Farmer roden in der Hoffnung auf Straffreiheit.

## TÜRKEI

### „Wir provozieren nicht“

Gülden Sönmez, 45, Vorstandsmitglied der islamischen Hilfsorganisation IHH, über den erneuten Versuch, Israels Seeblockade vor dem Gazastreifen zu durchbrechen



**SPIEGEL:** Nach dem israelischen Angriff auf das türkische Schiff „Mavi Marmara“ vor einem Jahr wurde Ihrer Organisation vorgeworfen, Israel bewusst provoziert zu haben. Warum stehen Sie Ende Juni erneut in See?

**Sönmez:** Israel setzt das völkerrechtswidrige Embargo gegen den Gazastreifen fort. Es ist unsere humanitäre Pflicht, den Menschen dort zu helfen. Wir provozieren nicht. Wer uns das vorwirft, will nur seine eigenen Verbrechen vertuschen.

**SPIEGEL:** Israel hat angekündigt, die Seeblockade auf jeden Fall durchzusetzen. Befürchten Sie keine Eskalation?

**Sönmez:** Um neue Gewalt zu verhindern, muss die internationale Gemeinschaft tätig werden. Sie muss Israel davon überzeugen, das Embargo endlich aufzuheben. Wir wollen ausschließlich mit friedlichen Methoden humanitäre Hilfe leisten.

**SPIEGEL:** Das heißt, die Passagiere werden sich friedlich verhalten?

**Sönmez:** Das haben sie auch beim letzten Mal getan. Wie bei unserer letzten Fahrt werden wir nichts transportieren, was als Waffe betrachtet werden kann. Jeder Passagier wird überprüft.

**SPIEGEL:** Hat die türkische Regierung bei Ihnen interveniert, dass die Aktion nicht wie geplant am 30. Mai, sondern erst nach der Parlamentswahl am 12. Juni stattfindet?

**Sönmez:** Nein, diese Entscheidung haben wir getroffen. Mit der Gaza-Flotte soll kein Wahlkampf gemacht werden.

**SPIEGEL:** Israel behauptet, Sie haben den Termin verschoben, weil es nicht genügend Freiwillige gab.

**Sönmez:** Das ist lächerlich! Hunderttausende aus aller Welt, nicht nur Türken, haben uns gefragt, ob es noch einen Platz auf der „Mavi Marmara“ gibt.



„Mavi Marmara“